

**Antrag 80/I/2021****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien**

1 Der Landesparteitag der SPD Berlin fordert die sozialde-  
 2 mokratischen Mitglieder des Berliner Senats im Einklang  
 3 mit unseren Landesparteitagsbeschlüssen und dem Ber-  
 4 liner Koalitionsvertrag auf, Abschiebungen nach Afghani-  
 5 stan und Syrien zu unterlassen.

6  
 7 Das Recht auf Leben gilt uneingeschränkt für alle Men-  
 8 schen, unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrer Vor-  
 9 geschichte. In unserem Landesparteitagsbeschluss "Keine  
 10 Abschiebungen nach Afghanistan – Berlin leistet Wider-  
 11 stand gegen lebensbedrohliche Abschiebepläne" (Antrag  
 12 65/I/2017) haben wir uns klar positioniert – ebenso auch  
 13 im Berliner Koalitionsvertrag.

14  
 15 Dort heißt es: "Rückführungen in Regionen, in denen die  
 16 Rückführungen aus humanitären Gründen nicht tragbar  
 17 sind, wird es nicht mehr geben."

18  
 19 **Begründung**  
 20 Dass in **Syrien** eine ständige Praxis der Folter sowie offen-  
 21 kundige und massenhafte Verletzungen der Menschen-  
 22 rechte (Art. 3 Abs. 2 EMRK) vorliegen, bestätigt nicht nur  
 23 die „Unabhängige Internationale Untersuchungskommis-  
 24 sion für Syrien“ des UN-Menschenrechtsrats in ihrem Be-  
 25 richt von September 2020, sondern auch die EU und das  
 26 Auswärtige Amt. Dieses spricht in seinem letzten Bericht  
 27 von Mai 2020 von weit verbreiteten Praktiken des Ver-  
 28 schwindenlassens, Entführungen und willkürlichen Ver-  
 29 haftungen. Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft be-  
 30 richten von einer weiteren Verschlechterung der allgemei-  
 31 nen Lebenssituation in allen Teilen des Landes, was drasti-  
 32 sche Folgen für Leib und Leben der Menschen vor Ort hat.  
 33 So eskalierten im Jahr 2020 nicht nur die Kämpfe in der  
 34 Region Idlib, die trotz eines Waffenstillstands vom März  
 35 2020 noch immer nicht komplett eingestellt sind, son-  
 36 dern ein Aufflammen der Gewalt ist in allen Landesteilen  
 37 festzustellen. Millionen von Menschen in Syrien wurden  
 38 im Zuge des Konflikts vertrieben. Sie dürfen z.T. bis heu-  
 39 te nicht in ihre Heimatorte zurückkehren und bedürfen  
 40 auch Ende 2020 noch immer der Humanitären Hilfe. Ein  
 41 Rückgang der Bedarfe ist nicht zu erkennen, was nicht zu-  
 42 letzt auch durch die verstärkte Verbreitung des Corona-  
 43 Virus und der weithin unzureichenden medizinischen Ver-  
 44 sorgung im Land begründet ist.

45  
 46 **Afghanistan** ist ein unsicheres Land und die Lage hat sich  
 47 dort in den letzten Jahren nicht verbessert. Im Jahre 2014  
 48 hat die Bundesregierung die Veröffentlichung des „Fort-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

Ä-03 zum Antrag 80/I/2021

**Abschiebungsstopp nach Afghanistan und Syrien** Der  
 Landesparteitag der SPD Berlin fordert die sozialdemokra-  
 tischen Mitglieder des Berliner Senats im Einklang mit un-  
 seren Landesparteitagsbeschlüssen und dem Berliner Ko-  
 alitionsvertrag auf, sich weiterhin für einen bundesweiten  
 Abschiebungsstopp zu Afghanistan und Syrien einzuset-  
 zen.

Im Einklang mit den SPD geführten Ländern lehnen wir  
 die Aufhebung des Abschiebungstopps zu Syrien durch  
 die Innenministerkonferenz entschieden ab. Die huma-  
 nitäre Lage lässt Abschiebungen nach Syrien weiterhin  
 nicht zu. Im Einklang mit unserer Beschlusslage "Keine  
 Abschiebungen nach Afghanistan – Berlin leistet Wider-  
 stand gegen lebensbedrohliche Abschiebepläne" (Antrag  
 65/I/2017) nimmt Berlin weiterhin eine Vorreiterrolle ein,  
 im Hinblick auf die humanitäre Lage in Afghanistan keine  
 Abschiebungen nach Afghanistan zuzulassen.

Der Landesparteitag der SPD Berlin fordert des weitem  
 die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats  
 im Einklang dem Berliner Koalitionsvertrag auf, Abschie-  
 bungen nach Afghanistan und Syrien auch im Einzelfall zu  
 unterlassen.

Das Recht auf Leben gilt uneingeschränkt für alle Men-  
 schen, unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrer Vor-  
 geschichte. Im Berliner Koalitionsvertrag haben wir uns  
 klar positioniert.

Dort heißt es: "Rückführungen in Regionen, in denen die  
 Rückführungen aus humanitären Gründen nicht tragbar  
 sind, wird es nicht mehr geben."

49 schrittsbericht Afghanistan“ eingestellt. Das siebte Jahr in  
50 Folge verzeichnet die UN-Mission UNAMA hohe Zahlen an  
51 zivilen Opfern, stets über 10.000 Menschen jährlich. Das  
52 UN-Flüchtlingswerk UNHCR spricht von einer dramati-  
53 schen Verschlechterung der Lage seit 2018 auch wegen der  
54 menschenfeindlichen Politik der Nachbarstaaten Iran und  
55 Pakistan gegenüber afghanischen Geflüchteten mit teil-  
56 weise jahrzehntelangen Fluchtbiographien. Terror und be-  
57 waffneter Konflikt sind Alltag. Der fragile Verhandlungs-  
58 prozess zwischen den Taliban und der Regierung steht im  
59 Schatten des bereits angekündigten US-Truppenabzugs,  
60 dem auch die Bundeswehr folgen müssen. Der Aus-  
61 gang der Verhandlungen ist völlig ungewiss, was klar ist,  
62 ist die hohe Abhängigkeit der Regierung in Kabul von eu-  
63 ropäischen Hilfgeldern in dieser Situation und die dabei  
64 verbundene Bereitschaft selbst inmitten einer Pandemie  
65 Abschiebungen anzunehmen.